



## **Schriftliche Anfrage**

des Abgeordneten **Andreas Winhart AfD**  
vom 24.07.2024

### **Brennerbasistunnel-Zulauf in Bayern**

Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Welche politischen Maßnahmen, Gespräche und Schriftverkehr hat die Staatsregierung zur Mitwirkung und Durchsetzung bayerischer Interessen am Brennerbasistunnel-Nordzulauf in den Jahren 2015 bis 2024 ergriffen (bitte nach Jahr und Maßnahmen auflisten, wenn möglich bitte Dokumente im Anhang mitreichen)? ..... 3
2. Welche politischen Maßnahmen, Gespräche und Schriftverkehr plant die Staatsregierung zur Mitwirkung und Durchsetzung bayerischer Interessen am Brennerbasistunnel-Nordzulauf für die Jahre 2024 und 2025 (bitte nach Jahr und Maßnahmen auflisten)? ..... 4
3. Welche Position bezieht die Staatsregierung zur unterirdischen Unterquerung des Inns durch die angedachte Neubautrasse des Brennerbasistunnel-Nordzulaufs? ..... 4
- 4.a) Welche Position bezieht die Staatsregierung zu einer möglichen unterirdischen („Wildbarren“) oder oberirdischen Verknüpfungsstelle im bayerischen Inntal durch die angedachte Neubautrasse des Brennerbasistunnel-Nordzulaufs? ..... 4
- 4.b) Welche Position bezieht die Staatsregierung zu einer möglichen oberirdischen Verknüpfungsstelle im Ortsbereich von Tunttenhamen/ Ostermünchen durch die angedachte Neubautrasse des Brennerbasistunnel-Nordzulaufs? ..... 5
5. Welche Position bezieht die Staatsregierung zum Bedarfsgutachten der Bürgerinitiativen, welche einen Ausbau der Bestandstrasse forcieren? ..... 5
6. Welche Position bezieht die Staatsregierung zum Ausbau der Bestandsstrecke im Rahmen der Maßnahmen zum Brennerbasistunnel-Nordzulauf im Stadtgebiet von Rosenheim? ..... 5
7. Welche Position bezieht die Staatsregierung zum Neubau der Trasse für den Brennerbasistunnel-Nordzulauf im Ortsgebiet von der Gemeinde Stephanskirchen? ..... 5

8.	Welche Position bezieht die Staatsregierung zum Neubau der Trasse für den Brennerbasistunnel-Nordzulauf im Ortsgebiet von der Gemeinde Rohrdorf? .....	5
	Hinweise des Landtagsamts .....	6

# Antwort

## des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

vom 22.08.2024

- 1. Welche politischen Maßnahmen, Gespräche und Schriftverkehr hat die Staatsregierung zur Mitwirkung und Durchsetzung bayerischer Interessen am Brennerbasistunnel-Nordzulauf in den Jahren 2015 bis 2024 ergriffen (bitte nach Jahr und Maßnahmen auflisten, wenn möglich bitte Dokumente im Anhang mitreichen)?**

Im Zeitraum bis 2022 hat die Staatsregierung beim Bund immer wieder den Beginn der Planungen für den Ausbau des Brenner Nordzulaufs eingefordert. Nachdem Bund und Deutsche Bahn (DB) im Sommer 2022 die Vorzugstrasse für den gesamten Streckenverlauf vorgestellt hatten, ging es aus Sicht der Staatsregierung darum, einen anwohnerfreundlichen Streckenausbau einzufordern. Nachfolgend sind politische Maßnahmen, Gespräche und Schriftverkehr der Staatsregierung zur Durchsetzung bayerischer Interessen seit Festlegung der Vorzugstrasse im Sommer 2022 aufgeführt.

Datum	Aktivität
13.07.2022	Teilnahme des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) an der 20. Lenkungskreissitzung zum Brenner Nordzulauf
09.09.2022	Teilnahme des Staatsministers für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter am „Runden Tisch Brenner Nordzulauf“
12.09.2022	Teilnahme des StMB an der 21. Lenkungskreissitzung zum Brenner Nordzulauf
17.10.2022	Teilnahme des StMB an der Sitzung der Fachkommission der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn (AGB)
25.10.2022	Teilnahme von Staatsminister Christian Bernreiter am „Runden Tisch Brenner Nordzulauf Raum Rosenheim“
24.11.2022	Teilnahme des StMB an der Sitzung der Arbeitsgruppe Infrastruktur der Brenner Corridor Platform (BCP)
09.01.2023	Schreiben von Staatsminister Christian Bernreiter an den Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing mit Forderung, die Planung anwohnerfreundlicher zu gestalten
27.01.2023	Videokonferenz von Staatsminister Christian Bernreiter mit Mandatsträgern aus dem Landkreis Ebersberg zur Trassenführung zwischen Grafing und Ostermünchen
23.02.2023	Schreiben von Staatsminister Christian Bernreiter an Bundesminister Dr. Volker Wissing bezüglich Zweifeln an der Trassenauswahl zwischen Grafing und Ostermünchen
14.03.2023	Besuch von Staatsminister Christian Bernreiter in Stephanskirchen, Diskussion mit Mandatsträgern aus der Region über die Trassenführung beim Brenner Nordzulauf im Raum Rosenheim
29.03.2023	Teilnahme des StMB an der Sitzung der Fachkommission AGB
04.04.2023	Teilnahme des StMB an der Sitzung der Arbeitsgruppe Infrastruktur der BCP
10.05.2023	Teilnahme am Forum DVWG Südbayern und LKZ Prien „Bayerische Strategie zur Bewältigung des Brenner-Transits“ auf der transport logistic 2023
11.05.2023	Teilnahme des StMB an der 22. Lenkungskreissitzung zum Brenner Nordzulauf
05.06.2023	Austausch mit Ingrid Felipe, Vorständin Infrastrukturplanung und -projekte der DB InfraGO
29.06.2023	Besuch von Staatsminister Christian Bernreiter in Flintsbach, Diskussion mit Mandatsträgern aus der Region über die Trassenführung beim Brenner Nordzulauf im Inntal
05.07.2023	Videokonferenz zwischen Staatsminister Christian Bernreiter und Bundesminister Dr. Volker Wissing, u. a. zum Thema einer bürgerfreundlicheren Planung

Datum	Aktivität
10.07.2023	Telefonat mit Ingrid Felipe, Vorständin Infrastrukturplanung und -projekte der DB InfraGO
20.07.2023	Gespräch mit der Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber, dem Abgeordneten Klaus Stöttner (CSU), Bürgerinitiative und Bauern
13.09.2023	Teilnahme des StMB an der Sitzung der Fachkommission der AGB
13.09.2023	Austausch mit Bundesminister Dr. Volker Wissing
09.11.2023	Teilnahme des StMB an der Sitzung der Arbeitsgruppe Infrastruktur der BCP
27.11.2023	Teilnahme des StMB an der Präsidentenkonferenz der AGB
30.01.2024	Termin von Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister Christian Bernreiter mit Gutachtern und Mandatsträgern aus der Region zur möglichen Verlegung der Verknüpfungsstelle Niederaudorf in das Bergmassiv Wildbarren
02.02.2024	Schreiben von Staatsminister Christian Bernreiter an Bundesminister Dr. Volker Wissing zur Unterstützung der Kernforderungen aus den Regionen und Übermittlung der von den Inntalgemeinden in Auftrag gegebenen Studie zu Verknüpfungsstellen in Bahntunneln
15.02.2024	Schreiben von Staatsminister Christian Bernreiter an DB-Infrastrukturvorstand Berthold Huber zur Unterstützung der Kernforderungen aus den Regionen
17.04.2024	Teilnahme des StMB an der Sitzung der Fachkommission der AGB
26.04.2024	Teilnahme des StMB an der 23. Lenkungskreissitzung zum Brenner Nordzulauf

**2. Welche politischen Maßnahmen, Gespräche und Schriftverkehr plant die Staatsregierung zur Mitwirkung und Durchsetzung bayerischer Interessen am Brennerbasistunnel-Nordzulauf für die Jahre 2024 und 2025 (bitte nach Jahr und Maßnahmen auflisten)?**

Die Staatsregierung wird gegenüber Bund und DB weiterhin eine anwohnerfreundliche Gestaltung der Planung einfordern und diesbezüglich die aus den betroffenen Regionen eingebrachten Kernforderungen unterstützen. Die hierzu erforderlichen Aktivitäten und Termine werden anlassbezogen festgelegt.

Auch wird die Staatsregierung weiterhin die bayerischen Interessen in der Brenner Corridor Platform und der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn einbringen.

**3. Welche Position bezieht die Staatsregierung zur unterirdischen Unterquerung des Inns durch die angedachte Neubautrasse des Brennerbasistunnel-Nordzulaufs?**

Die Staatsregierung unterstützt eine unterirdische Innquerung nördlich von Rosenheim, um die Eingriffe in das Landschaftsbild zu verringern und Beeinträchtigungen für die Anwohner zu vermeiden.

**4.a) Welche Position bezieht die Staatsregierung zu einer möglichen unterirdischen („Wildbarren“) oder oberirdischen Verknüpfungsstelle im bayerischen Inntal durch die angedachte Neubautrasse des Brennerbasistunnel-Nordzulaufs?**

Die Staatsregierung erkennt an, dass eine Verknüpfungsstelle im bayerischen Inntal notwendig ist, damit in Rosenheim haltende oder von und nach Salzburg verkehrende Züge dort von der Neubaustrecke auf die Bestandsstrecke wechseln können und um-

gekehrt. Die Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass die Verknüpfungsstelle sofern möglich unterirdisch im Bergmassiv Wildbarren gebaut wird und hat Bund und DB aufgefordert, die Machbarkeit dieser Lösung auf Basis des von den Gemeinden in Auftrag gegebenen Gutachtens zu prüfen.

**4.b) Welche Position bezieht die Staatsregierung zu einer möglichen oberirdischen Verknüpfungsstelle im Ortsbereich von Tuntenhausen/Ostermünchen durch die angedachte Neubautrasse des Brennerbasistunnel-Nordzulaufs?**

Die Staatsregierung erkennt an, dass eine Verknüpfungsstelle in diesem Bereich notwendig ist, damit in Rosenheim haltende oder von und nach Salzburg verkehrende Züge dort von der Neubaustrecke auf die Bestandsstrecke wechseln können und umgekehrt. Die Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass die Kernforderungen zur Lage der Verknüpfungsstelle berücksichtigt werden.

**5. Welche Position bezieht die Staatsregierung zum Bedarfsgutachten der Bürgerinitiativen, welche einen Ausbau der Bestandstrasse forcieren?**

**6. Welche Position bezieht die Staatsregierung zum Ausbau der Bestandsstrecke im Rahmen der Maßnahmen zum Brennerbasistunnel-Nordzulauf im Stadtgebiet von Rosenheim?**

Wegen ihres Sachzusammenhangs werden die Fragen 5 und 6 gemeinsam beantwortet.

Die Staatsregierung hält einen Ausbau der Bestandstrasse für nicht ausreichend, um die absehbare Zunahme des Zugverkehrs beim Brennernordzulauf aufzunehmen. Hinzu kommt, dass die im Deutschlandtakt vorgesehenen Fahrzeitverkürzungen im Fernverkehr Richtung Österreich und Italien mit einem Ausbau der Bestandstrasse nicht zu erreichen sind.

**7. Welche Position bezieht die Staatsregierung zum Neubau der Trasse für den Brennerbasistunnel-Nordzulauf im Ortsgebiet von der Gemeinde Stephanskirchen?**

Wie in der Antwort zur Frage 3 dargestellt, unterstützt die Staatsregierung eine unterirdische Innquerung nördlich von Rosenheim. Hierdurch würde sich die Belastung der Gemeinde Stephanskirchen erheblich verringern. Darüber hinaus setzt sich die Staatsregierung dafür ein, dass die Trassenführung im Gemeindegebiet von Stephanskirchen so gewählt wird, dass Eingriffe in bestehende und geplante Trinkwasserschutzgebiete vermieden werden.

**8. Welche Position bezieht die Staatsregierung zum Neubau der Trasse für den Brennerbasistunnel-Nordzulauf im Ortsgebiet von der Gemeinde Rohrdorf?**

Die Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass der oberirdische Bereich zwischen Riederling und Rohrdorf auf die unbedingt notwendige Länge beschränkt wird.

**Hinweise des Landtagsamts**

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter [www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente](http://www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente) abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter [www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen](http://www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen) zur Verfügung.